

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914**

19.3.1914 (No. 77)





# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 77

Donnerstag, den 19. März 1914

157. Jahrgang

Expedition:  
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-  
anschl. Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch  
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P  
Einrückungsgebühr: die 6mal gepaltene Petitione oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird keine  
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 7. März 1914 gnädigst bewogen gefunden, dem Photographen Artur Witte in Baden die silberne Rettungsmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. März 1914 gnädigst geruht, den Forstmeister Julius Hamm in Karlsruhe wegen vorgerückten Alters und

den Forstmeister Adolf Blas in Wertheim wegen leidender Gesundheit auf ihr untertänigstes Ansuchen unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste und unter Verleihung des Titels Forsttrat in den Ruhestand zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. März 1914 gnädigst geruht, den Rechnungsrat Philipp Lenz bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen hat unterm 14. März 1914 den Justizaktuar Johann Hauber beim Amtsgericht Bühl etatmäßig angestellt.

### Die Apotheke in Gottmadingen betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Gottmadingen (Amt Konstantz) wird am 1. Juli 1914 zur Erledigung kommen.

Sie wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben mit der Maßgabe, daß der neue Berechtigte die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen gegen eine — nötigenfalls von dem unterzeichneten Ministerium endgültig festzulegende — Vergütung zu übernehmen hat.

Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen zwei Wochen hier einzureichen.

Karlsruhe, den 16. März 1914.

Großh. Ministerium des Innern  
Der Ministerialdirektor:

Pfisterer. Wittermaier.

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 18. März.

#### \* Rückblicke auf die internationale Politik.

##### Die deutsch-russische Pressensprache.

Man kann die Wirkungen des schon früher erwähnten Petersburger Briefes der „Köln. Btg.“ über die russische Kriegsbereitschaft jetzt besser überblicken. Darnach hat dieser Brief des angesehenen rheinischen Blattes gewissen Politikern an der Neva und Seine recht gut in den Kram gepaßt. Die Pariser Presse hat sofort erkannt, daß hier vielleicht eine Gelegenheit sei, einen Keil zwischen Deutschland und Rußland zu treiben. Der von der „Köln. Btg.“ veröffentlichte Aufsatz hatte sich nicht begnügt, die in den militärischen und politischen Kreisen Rußlands herrschende Stimmung an lehrreichen Kundgebungen darzustellen. Das halten wir, wie bereits angedeutet wurde, durchaus für die Aufgabe der Berichterstattung aus fremden Ländern. Der Korrespondent fügte aber von sich aus das Urteil hinzu, Rußland sei nicht in der Lage, politische Drohungen mit Waffengewalt zu unterstützen, weil es erst im Herbst 1917 mit seinen Rüstungen fertig sei. Die letztere Behauptung, von einem Fremden aufgestellt, wird wohl von keiner Seeresverwaltung ruhig hingenommen werden. Ein von Selbstbewußtsein erfülltes Heer verträgt nicht den Vorwurf, es sei für den Kriegszweck nicht tauglich. Es wird dann nur die Gesinnung, die in weitesten Kreisen des Heeres herrscht, ausgedrückt, wenn die Gegenerklärung erfolgt: „Wir können jeden Tag marschieren.“ Diese Erklärung ist in diesem Falle durch die „Peterburger Vörsenztg.“ abgegeben worden. Dies Blatt stellte die Leistungsfähigkeit des russischen Heeres als hoch dar und schreibt ihm auch die Fähigkeit zur Offensive zu. Gleichzeitig wurde allerdings be-

tont, daß die Politik des Zaren friedlich sei. Auch die „Kosijka“ hat sich dann mit den deutsch-russischen Beziehungen beschäftigt und die Art, in der dieses halbamtliche Blatt es tat, war geeignet, die Wogen der Preßerörterungen zu glätten. Die „Nordd. Allg. Btg.“ hat den Ton aufgenommen. Zwischen den beiden Regierungen ist keine Erübung eingetreten und, nachdem das durch die Kundgebungen der beiden Organe beglaubigt worden ist, kann man diesen Diskussionsgegenstand verlassen.

##### Vertagung des österreichischen Reichsrats.

Der österreichische Reichsrat ist am 16. März auf Grund kaiserlicher Verordnung bis auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Ende Januar hatte bereits eine Vertagung auf längere Zeit stattgefunden. Am 5. März erfolgte die Wiedereröffnung, ohne daß sich die Arbeitsfähigkeit der Volksvertretung verbessert hatte. Die Beratungen wurden daher sogleich wieder auf 8 Tage unterbrochen. Am 12. März konnte der Vorsitzende Dr. Sylvester wieder eine Sitzung abhalten. Mehrere Anhänger der tschechischen Obstruktion sprachen, zum Teil wurde ihnen das Wort entzogen. Auf Antrag des deutschnationalen Abgeordneten Groß wurde mit Rücksicht auf die Obstruktion die Referentenvorlage als erster Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Tages gestellt. Diese Sitzung hat noch stattgefunden. Der Landesverteidigungsminister v. Georgi hat noch eine bedeutende Rede zur Begründung der Wehrvorlage halten können. Kernsätze der Rede waren: „Daß wir friedliebend sind und niemand ohne Grund angreifen, haben wir in den beiden abgelaufenen Kriegen zur Genüge bewiesen, aber man soll nirgends den Glauben aufkommen lassen, daß diese Friedensliebe der Schwäche entspringt. Es muß allezeit und überall volle Klarheit darüber bestehen, daß wir vollkommen bereit und entschlossen sind, jeden Angriff mit der energischen Gegenoffensive zu beantworten, und dazu bedarf es des vollen Ausbaues der gesamten bewaffneten Macht. Unsere Verbündeten sollen das sichere Gefühl behalten, daß das Bündnis auch für sie wertvoll ist und nicht uns allein nützt. Jeder mögliche Gegner in Zukunft aber soll wissen, daß der Wahlspruch: „wer sich an uns reißt, der sticht sich“, auch für unsere ganze Wehrmacht gilt.“ Der Minister machte kein Geht daraus, daß die militärpolitischen Verhältnisse in der nächsten Umgebung zu Österreichs Ungunsten sich seit 1912, dem Jahre der letzten Seeresforderungen, gründlich verschoben hätten.

Während das Parlament zu dieser würdigen Kundgebung noch den Rahmen abgeben konnte, war sein eigenes Geschick wohl schon besiegelt. Die Besprechungen der deutschen und tschechischen Vertrauensmänner über die böhmische Frage rücken nicht vom Fleck. Der Reichsrat wurde durch die Umschlingung mit den böhmischen Kämpfen erdrückt. Er fiel der Obstruktionsformel der tschechischen Agrarier und der tschechischen Radikalen: „kein Landtag, kein Reichsrat“, zum Opfer. Die böhmischen Meinungsverschiedenheiten spitzten sich ungefähr so zu: die Deutschböhmen waren mit der Ausschreibung der Wahlen zum böhmischen Landtag einverstanden; dieser sollte jedoch lediglich einen neuen Verständigungsausschuß einsetzen und nicht einen neuen Landesauschuß wählen, vielmehr sollte die königliche Verwaltungskommission bis zur gänzlichen Lösung aller strittigen Landesfragen im Amte bleiben, nur die Ernennung des Vorsitzenden derselben zum Oberlandmarschall sollte zugestanden werden; Vorbedingung für all dieses war jedoch die sofortige Einstellung der tschechischen Obstruktion im Reichsrat. Die Tschechen beharrten dagegen darauf, daß der neuwählende Landtag sofort den neuen Landesauschuß nach dem bisherigen nationalen Schlüssel ernenne, und daß die autonome Landesverwaltung im ganzen Umfang wieder eingerichtet werde, unter nationaler Teilung der Landesgeschäfte gemäß den früheren Vereinbarungen, jedoch höchstens für die Dauer der Legislaturperiode. Die Tschechen wollten die Obstruktion im Reichsrat erst einstellen nach Erfüllung dieser Bedingungen.

Es ist nicht gelungen, eine Brücke von dem einen Standpunkte zu dem anderen zu schlagen. Die Staatsnotwendigkeiten werden nunmehr ohne Reichsrat, auf Grund des § 14, ihre Erfüllung finden. Man nimmt an, daß zunächst die dringenden Bestandteile der Wehrvorlage und die Ausgabe von 400 Millionen Schatzscheinen durchgeführt werden.

Mit zwei Landtagsbeilagen.

##### Die Verteidigung Schwedens.

Zwei Kundgebungen aus dem in Schweden um die Verteidigung entbrannten Meinungskampfe verdienen bemerkt zu werden. Die Sozialdemokratie hat für die Agitation ihre Verteidigungsgrundsätze festgelegt; dadurch wird eine Minderung der Dienstzeit gefordert und eine Minderung der Lasten in Aussicht gestellt. Diese Grundsätze kommen einem Teil der liberalen Presse sehr unvernünftig vor und erschweren die Stellung derjenigen liberalen Politiker, die noch immer an ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie denken. Immerhin wußte man schon vorher, daß die Sozialdemokratie Abrüstung und Miliz will. Darauf wies auch Admiral Lindman, Staatsminister im ehemaligen konservativen Kabinett, in einer Rede hin, die er dieser Tage hielt. In der deutschen Presse finden wir einen Bericht über diese Rede, dem wir folgendes entnehmen; der Admiral sagte: Wenn die Liberalen „sich wirklich für die Lösung der Verteidigungsfrage interessieren, wenn sie wirklich einsehen, daß es hier das Schicksal Schwedens gelten kann, und wenn sie wirklich, wie sie selbst versichern und was ich durchaus nicht bestreiten will, größere Möglichkeit als sonst jemand besitzen, die für die Lösung der Frage notwendige Mehrheit im Reichstag zu sammeln, warum tun sie es nicht?“ Der Admiral gab dann der Überzeugung Ausdruck, daß parlamentarische und staatsrechtliche Theorien einem eroberten Lande und einem unterjochten Volke nicht helfen könnten; das wichtigste sei daher, die Freiheit und Selbständigkeit der Nation zu sichern.

##### Eine Flottenrede Lord Churchills.

\* Im englischen Unterhaus führte bei der Beratung des Flottenetats der erste Lord der Admiralität Winston Churchill aus, daß dem Parlament kein so hoher Flottenetat vorgelegen habe. Die Ursachen seien höhere Löhne, eine Vermehrung des Personal, die größere Zahl der schweren Geschütze und die höheren Kosten der Munition. Die Absicht war, acht Geschwader von Linien Schiffen in derselben Zeit fertig zu haben, in der die nächststarke Wehrmacht fünf fertig hätte. Die Schlachtkreuzer würden in beiden Fällen besonders geredet und es würde auch ein entsprechendes Stärkeverhältnis von Torpedobooten bestehen. Die Schiffe auf den Auslandsstationen blieben ebenfalls außer der Berechnung. Diese Flottenstärke sei angemessen und mäßig, und er freue sich, daß Admiral v. Tirpitz Gelegenheit genommen habe, dieses anzuerkennen. Keine Organisation habe ihre Flottenorganisation schon vollendet, aber England hätte seine Ausrüstung etwas früher vollenden können, als die Regierung jetzt vor schlägt. Die Entwicklung der deutschen Flottenorganisation sei nicht so schnell vor sich gegangen, wie er vor zwei Jahren angenommen habe. Das neue dritte deutsche Geschwader würde Ende des Finanzjahres 1914/15 fertig sein. Aber anscheinend würde das zweite Geschwader infolge von Bemanningsschwierigkeiten vorübergehend drei Schiffe weniger haben, als er angenommen habe. Deshalb habe die Regierung die Vervollendung des Geschwaders von Gibraltar, das jetzt aus vier Schiffen bestehe, aufgeschoben. Jeder zufällige oder absichtliche Aufschub, den die nächststarke Seemacht mache, werde von England nachgehakt werden, und England werde seine Organisation nur in dem Maße, wie es nötig sei, vollenden. Infolge der wirtschaftlichen Lage dürfe man annehmen, daß alle Werften im nächsten Finanzjahre gute Fortschritte machen werden, und daß eine große Zahl von Schiffen in diesem Jahre fertig werden würde. Das hänge von unkontrollierbaren Faktoren ab und sei auf keine absichtliche Verschleppung oder besondere Politik zurückzuführen. Was die Kosten der Neubauten betreffe, so dürfe man erwarten, daß der Etat für 1915/16 wesentlich niedriger sein werde, als der gegenwärtige. Zu der Höhe der Kosten der Neubauten käme die Disfierung, die Luftschiffahrt und die Besoldung des Personal. Große Mengen von Öl befänden sich bereits im Lande und weitere große Mengen würden im folgenden Jahre eintreffen. Die Schwierigkeit läge im Preise. Die Admiralität verfolge das Prinzip, daß das Öl als einziges Feuerungsmittel nur bei kleineren Fahrzeugen, leichten Kreuzern und großen Kampfschiffen von exzeptioneller Schnelligkeit gebraucht werden, während die Kohle das Heizmaterial der Linien Schiffe bilden werde. Was das Flugwesen betreffe, so betonte der Minister die Bedeutung der Hydropläne für den Melodnoszierungsdienst und die Küstenbewachung. Die schweren Hydropläne, die jetzt entwickelt würden, würden schwere Explosivstoffe zum Herunterwerfen führen. Von Luftschiffen seien bis jetzt 15 gebaut oder im Bau begriffen, darunter 10 großen und mittleren Typs von einer Schnelligkeit von 45 englischen Meilen in der Stunde. Er hoffe, im Sommer ein halbes Duzend davon über dem Parlamentsgebäude kreuzen lassen zu können.

Zur Bemanningssfrage sagte Churchill: Wenn morgen Krieg ausbräche, so könne jedes Schiff mit der etatsmäßigen Bemanningung in See gehen. Die



Verstärkung von 5000 Mann, die im Etat vorgesehen sei, wäre für die Kriegsflotte von 1915/16 bestimmt. Es beständen keine Schwierigkeiten, Leute zu bekommen. Churchill wandte sich darauf dem neuen Bauprogramm zu. Drei von den neuen Schiffen würden dem „Royal Sovereign“-Typ und eines dem „Queen Elizabeth“-Typ angehören; sie würden 12zählige Geschütze führen. Dieses Geschütz sei das beste, das England je gehabt habe und besäße alle Vorzüge des 13½-zölligen Geschützes. England würde 10 Schiffe mit diesen Kanonen zu einer Zeit haben, wo keine andere Nation mehr als zwei besäße. Der Minister erwähnte, daß Ende 1914/15 70 bewaffnete Rauffahrtschiffe vorhanden sein würden. Zur Frage des Seebeuterechts bemerkte er, daß schwerlich eine andere Macht ein Torpedoboot weniger bauen würde, wenn England seine Politik änderte. Churchill behandelte hierauf den 60prozentigen Standard der Flottenstärke. Dieser Standard beziehe sich auf den Neubau von großen Kampfschiffen und dieser Standard würde eingehalten werden. Es hätten verschiedene Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, was in diesem Standard eingeschlossen sein sollte. Vor zwei Jahren habe er das künftige Bauprogramm entwickelt. Unter genauer Berücksichtigung der Lage sei die Admiralität überzeugt, daß der Bau von vier Schiffen für dieses Jahr genügen würde, was genau seinen vor zwei Jahren gemachten Vorschlägen entspräche. England werde der selbständige Wächter seiner Interessen im Mittelmeer bleiben und es würde keine besonderen Verpflichtungen eingehen. Die Regierung beabsichtige, im Jahre 1915 im Mittelmeer ein Schlachtschiffgeschwader von acht Schiffen zu haben, von denen sechs „Dreadnoughts“ und „Lord Nelsons“ sein würden und die auf Malta basieren würden. Sie würden die englischen Seestreitkräfte im Mittelmeer auf acht Linienchiffe und vier Panzerkreuzer bringen. Um dies tun zu können, und um die unentbehrliche Sicherheit in den heimischen Gewässern zu erhalten, sei es notwendig, den Bau von drei Schiffen zu beschleunigen, da die drei kanadischen Dreadnoughts ausgeblieben seien. Churchill sprach die Hoffnung aus, daß Kanada später seinen Anteil an der Reichsverteidigung übernehmen werde. Jetzt genüge das bezeichnete Programm, um das Seestärkenverhältnis für die Zeit von Ende 1915 bis Mitte 1916 zu erhalten. Es würde also mit dem Bau von zwei Schiffen aus dem Programm von 1914 begonnen werden, die im dritten Vierteljahr 1916 fertig sein würden. Churchill lobte die Flottenpolitik Neuseelands und Australiens und betonte die Wichtigkeit, in den kanadischen und südafrikanischen Gewässern Flottenstationen, Docks und Reparaturwerkstätten zu haben und ebenfalls Flotten von Zerstörern und Unterseebooten, um die Anlagen zu schützen. Churchill führte schließlich aus: Die Wirksamkeit der britischen Diplomatie hänge größtenteils von der maritimen Stellung des Reiches ab. Die Stärke der britischen Flotte sei der einzige große Ausgleichsfaktor, den England zu seiner Sicherheit und zur Sicherheit des Weltfriedens stellen könne. Obwohl die Grundlagen des Weltfriedens zwischen den Großmächten günstig seien, seien noch nicht alle Ursachen beseitigt, die zu einem Weltkrieg führen könnten. Alle Versuche, dem Weltfrieden Einhalt zu tun, seien bisher unwirksam gewesen. Churchill sprach über 2½ Stunden.

### Reichstag.

\* Berlin, 17. März. Bei der Beratung über den Etat für Kiautschou in der Budgetkommission des Reichstages führte Staatssekretär v. Tirpitz aus, daß die Bemühungen der Regierung, Kiautschou wirtschaftlich zu heben und Deutschlands kulturelle Verpflichtungen zu erfüllen, durch eine unerwartet schnelle Entwicklung des Schutzgebietes belohnt worden seien. Das deutsche Eisenbahnwesen in China habe große Fortschritte gemacht. Die endlich zur Ausführung kommenden beiden Schantungsbahnen hätten einen großen Einfluß auf die Entwicklung des Schutzgebietes. Tjingtau werde so nahe mit dem Innern Chinas verbunden, daß es ein nützliches Glied von dessen Wirtschaftsleben werde. Der Staatssekretär besprach eingehend die Errichtung eines Eisenwerks, dessen Vorbedingungen, Kohlen und Erze, vorhanden seien. Die Kohle entspreche der besten westfälischen Kohle und werde auf allen deutschen Kriegsschiffen in Ostasien verbrannt. Er besprach auch die Aussichten eines Hüttenwerkes in Tjingtau. In deutschen Industriezweigen sei das Interesse für China im Wachsen und die Marineverwaltung bemühe sich, es durch weitere Aufklärung zu fördern, damit Deutschland die jegliche günstige Gelegenheit nicht verpasse.

Unterstaatssekretär Zimmermann erklärte, daß einer Verminderung oder Zurückziehung der in China stationierten 500 Mann deutscher Truppen nicht das Wort geredet werden könne. Man könne zwar volles Vertrauen zum gegenwärtigen Präsidenten haben, doch beruhe das Vertrauen in der Haltbarkeit der Zustände wesentlich in seiner Person. Es werde stark gegen ihn gearbeitet, so von der Kuomintangpartei und dem Weißen Volk. Sollte Yuanzhikai von der Leitung der Republik verschwinden, so würde voraussichtlich wieder alles in Schwanken geraten. Bisher sei nichts bekannt, daß die anderen Mächte der Anregung Auslands, das seine Truppen zurückziehen wolle, folgen würden. Jedenfalls seien die deutschen Truppen vorläufig noch nicht entbehrlich. Nach weiterer Debatte über den Ausbau der deutschen Schulen in China, wobei von Seiten des Zentrums angeregt wurde, eine Auslandshochschule in Berlin zur Förderung aller Auslandswissenschaften zu gründen, wurde der Etat für Kiautschou bewilligt.

### Politische Übersicht.

#### \* Geburt eines braunschweigischen Thronerben.

Braunschweig, 18. März. Die Herzogin wurde heute, Mittwoch, morgens 5 Uhr, von einem Prinzen entbunden.

Diese freudige Nachricht wird in weiten Kreisen des deutschen Volkes, namentlich auch in unserer engeren badischen Heimat, mit froher Anteilnahme aufgenommen werden. Möge dem jungen Sproß aus dem unserm eigenen Großherzoglichen Hause so nahestehenden Hause Braunschweig, dem jüngsten Enkel des deutschen Kaisers, eine frohe und glückliche Zukunft beschieden sein!

Drahtlich wird dazu noch gemeldet:

Braunschweig, 18. März. Die durch die „Braunschweigischen Anzeigen“ veröffentlichte amtliche Bekanntmachung über die Geburt des Erbprinzen lautet folgendermaßen: Auf höchsten Befehl bringen wir hierdurch zur allgemeinen Kenntnis, daß S. K. G. die Herzogin Viktoria Luise am heutigen Tage vor-

mittags 5 Uhr von einem gesunden Erbprinzen glücklich entbunden worden ist. Das Befinden S. K. Hoheit und des neugeborenen Prinzen ist nach den Umständen das denkbar günstigste. Das durch dieses allseits ersehnte und hochbedeutende frohe Ereignis unserem durchlauchtigsten Fürstenpaar zuteil gewordene große Glück wird in den Herzen aller Braunschweiger den freudigsten Widerhall finden. Braunschweig, 18. März 1914. Herzoglich Braunschweigisch-Rüneburgisches Staatsministerium, gez. Wolf usw.

#### Aus dem elsäß-lothringischen Landtag.

\* Straßburg, 17. März. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer begründete der Staatssekretär Graf Röderer den Entwurf eines Einkommensteuergesetzes für Elsaß-Lothringen, das die Grundlage für eine Finanzreform von großer Bedeutung bilde, von deren Durchführung hänge die Lösung wichtiger wirtschaftlicher Fragen ab. Die Einführung des Gesetzes dürfte allerdings vor dem 1. April 1917 nicht möglich sein. Der Staatssekretär fuhr fort, die Regierung werde auch auf die Ergänzungsteuer, wie sie in Preußen bestehe, nicht verzichten können, doch sei beabsichtigt, die Ergänzungsteuern teils herabzumindern, teils zu ergänzen. Eine Drittelung des gesamten Steuerbedarfes werde durch die Vermögenssteuer aufgebracht werden müssen. Eine Reform der Erbschaftsteuer sei gleichfalls notwendig. — Die Vorlage wird in eine besondere Kommission gehen.

\* Der Großherzog und die Großherzogin von Hessen haben sich am Montag mit den beiden Prinzen zu längerem Aufenthalt nach Gardone am Gardasee begeben.

\* Zurückgewiesene Unwahrheiten. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Nachträglich ist uns eine Auslassung des Schriftstellers Hans Leuh über seine Beurteilung wegen Beleidigung des Kronprinzen zur Kenntnis gekommen, in der es u. a. heißt: „Unmittelbar vor der Verhandlung erschien im Gerichtshaus vor dem Terminzimmer der Abgeordnete von Maltzahn, der bekanntlich jetzt dem Kronprinzen zugeordnet ist. Er war in der Verhandlung nicht anwesend, ließ sich aber vorher bei dem Vorsitzenden der Strafkammer anmelden. Die Umgebung des Kronprinzen zeigte also durch Herrn von Maltzahn unmittelbares Interesse an dem Prozesse und brachte es dem Vorsitzenden gegenüber zum Ausdruck.“ Auf Grund der von uns eingezogenen Ermittlungen können wir demgegenüber feststellen: Es ist un wahr, daß Herr von Maltzahn vor oder während der Verhandlung sich bei dem Vorsitzenden der Strafkammer melden ließ. Ebenso un wahr ist die Behauptung, daß die Umgebung des Kronprinzen dem Vorsitzenden gegenüber irgendein Interesse an dem Ausgange des Prozesses zum Ausdruck gebracht hätte.

\* Bei der Reichstagsersatzwahl im 2. Posener Wahlkreis (Dornitz-Samter-Birnbaum-Schwerin a./Warthe), die durch die Mandatsniederlegung des Reichstagsabgeordneten Graf Mielzynski erforderlich geworden war, wurden nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis abgegeben für Rittergutsbesitzer Haza-Radlitz (Konf.) 13 019, für Prälat Kloss (Pole) 16 438, für Schulz (Soz.) 636 Stimmen. Zerplittert waren 3 Stimmen. Kloss ist somit gewählt.

\* Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Borna-Bergau (14. Sächsischer) wurden abgegeben für von Liebert (Reichspartei) 8527, für Rischke (natl.) 6437, für Rysjel (Soz.) 11 995 Stimmen. 4 Ortschaften fehlen noch. Es findet Stichwahl zwischen von Liebert und Rysjel statt.

\* 50. Jahrestag des Seegefehchts bei Jasmund. Aus Swinemünde wird unterm 17. März gemeldet: Der 50. Jahrestag des Seegefehchts bei Jasmund, bei dem die junge deutsche Marine ihre Feuertaufe erhielt, wurde heute vormittag durch Festzug und Gedächtnisfeier auf dem Alten Friedhof am Denkmal der Jasmundgefallenen begangen, an der außer Vertretern der Behörden die Offizierkorps der Garnison sowie des hierher beorderten Linienchiffs „Pommern“, Admiral von Livonius, der als Erster Offizier auf der Korvette „Nympho“ das Gefecht mitmachte; andere überlebende Mitkämpfer von Jasmund und Veteranen von 1864, sowie Krieger- und Militärvereine teilnahmen. Die Gedächtnisrede hielt Pastor Pötter. Nach der Rede wurden Kränze im Auftrage des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, der Kaiserlichen Marine und im Namen sämtlicher Marinevereine Deutschlands niedergelegt.

\* Die Besoldungsvorlage in Hessen definitiv angenommen. Die Erste hessische Kammer beschäftigte sich am Dienstag mit der Klärung der Zweiten Kammer zur Besoldungsvorlage. Staatsminister Ewald empfahl der Ersten Kammer, den Beschlüssen der Zweiten Kammer zuzustimmen. Die Kammer nahm darauf die ganze Vorlage, von einigen unwesentlichen Punkten abgesehen, en bloc an. Damit ist die Besoldungsvorlage endgültig angenommen. Sie tritt am 1. April 1914 in Kraft.

### Aus Meer und Marine.

\* Militärische Personalnachrichten: Das „Militärwochenblatt“ meldet: Freiherr von Gregory, Generalleutnant und Kommandant von Metz, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pen-

sion zur Disposition gestellt und Generalleutnant von Jagersleben, Kommandiert zur Dienstleistung bei der Kommandantur von Metz, zum Kommandanten von Metz ernannt worden.

### \* Ausland.

#### Die Feier des Viktoriatages in Schweden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: So begeistert ist der Königin Viktoria nie zuvor in Schweden zugejubelt worden, wie an ihrem diesjährigen Namens-tage. Die stattlichsten Huldigungen brachten die Frauen Stockholms mit einer Adresse, die von 10 000 Frauen unterzeichnet war. Bei den Unterschriften fanden sich Namen von Arbeiterfrauen, Schneiderinnen, Dienstmädchen usw. Die Adresse hatte folgenden Wortlaut: „Stark und mutig, klug und gut sehen Ew. Majestät mitten unter uns. In treuer Liebe und in lichten Hoffnungen huldigen wir Ew. Majestät und wünschen aus tiefstem Herzen während einer langen Reihe von Jahren den Tag unserer Königin, den Viktoriatag, als den Tag der schwedischen Frauen betrachten zu dürfen.“

Gleichzeitig wurde der Königin von einem Mitgliede der Deputation eine Brieftasche, die 10 000 Kr. enthielt mit folgenden Worten überreicht: „Ew. Majestät, Frauen der Stadt Stockholm erluchen am Festtage Ew. Majestät ihre untertänigste Ehrerbietung und Ergebenheit darbringen zu dürfen. Da wir wissen, daß die Sicherheit Schwedens stets Ew. Majestät warm am Herzen gelegen, überreichen wir in dankbarer Liebe für die Verteidigung unseres Vaterlandes diese Summe Geldes. Sie ist ein geringer Ausdruck für die Ergebenheit, die wir für die hohe Persönlichkeit Ew. Majestät fühlen und für die Treue, mit welcher wir alle unsrer edlen Königin zu dienen wünschen.“

Frauen aus dem Villenort Djursholm überbrachten auch eine Adresse sowie 200 Kr. für die Verteidigung. Von einer Person, die unbekannt zu bleiben wünscht, sind 2500 Kr. für eine Mitrailleuse eingelaufen. Der Stockholmer Sängerbund zog nach dem Schlosse und huldigte der Königin mit Gesang. Königin Viktoria ist immer für die Flotte warm interessiert gewesen. Im Seemannshaus der Königin Viktoria war auch am Viktoriatage ein Fest angeordnet und die Königin gedachte besonders der Männer, die mit der Rettung des gestrandeten Panzerfahrzeuges „Lapperheten“ beschäftigt sind.

Paris, 17. März. Heute vormittag veranstalteten mehrere hundert Studenten auf Anstiften der „Camelots du Roi“ eine Straßenkundgebung, in dem sie unter dem Ruf: „Caillaux, der Mörder!“ durch die Straßen des lateinischen Viertels zogen. Sie wurden von der Polizei vertrieben, doch gelangte eine Anzahl Studenten bis vor das Haus des „Figaro“, wo sie den Ruf ausstießen: „Caillaux, aufs Schaaf!“ Vor dem Palais Bourbon fand am Nachmittag eine Volksversammlung statt, welche von der Polizei, die Kundgebungen befürchtete, auseinandergetrieben wurde. Der Polizeipräsident Dennon hat ungewöhnliche Maßnahmen getroffen, um etwaige Straßenkundgebungen zu verhindern. So wird insbesondere die berittene republikanische Garde in Bereitschaft gehalten.

Paris, 17. März. Zu Beginn der Nachmittagsitzung der Kammer brachte der royalistische Deputierte Delahaye folgenden Antrag ein: „Erregt über das gefristete Attentat, durch welches nach dem Geständnis seines Urhebers Entschuldigungen verhindert werden sollten, welche den gegen eine Gerichtsperson erhobenen Verdacht der Geistesverletzung zu verstärken geeignet sind, fordert die Kammer die Regierung auf, diese Gerichtsperson abzugeben oder sie zur Verfolgung der Anklage zu zwingen.“ Aber die Dringlichkeit des Antrages wird trotz des von den Radikalen erhobenen Einspruches, welche die sofortige Erörterung verlangen, erst am Schluß der Sitzung beraten werden.

Paris, 17. März. Frau Caillaux hat Labori zu ihrem Anwalt erwählt.

Paris, 17. März. Die Kammer hat gestern das Kriegsbudget angenommen.

Paris, 17. März. Wie aus Madrid gemeldet wird, soll Don Jaime, der Sohn des Don Carlos, auf seine Thronansprüche verzichtet haben. Die Carlisten werden aufgefordert, die Dynastie des Königs Alfons anzuerkennen und mit der äußersten konservativen Rechte eine große katholische Partei unter der Führung Maura zu bilden. Man erfährt auch, daß Don Jaime sich mit einer Prinzessin von Connaught verlobt habe.

Daag, 17. März. Der Kriegsminister hat ein Telegramm aus Albanien erhalten, das ihn davon in Kenntnis setzt, daß die Nachricht, holländische Offiziere seien zu Gefangenen gemacht worden, vollständig falsch seien.

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 18. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb. Von 10 Uhr an erteilte Seine Königliche Hoheit folgende Audienzen: dem Direktor des Oberverwaltungsamts Geheimen Regierungsrat Meyer in Mannheim, dem Kammerherrn und Amtsvorstand Oberamtmann Freiherrn von Rotberg in Adelsheim, dem Oberbürgermeister a. D. Dr. Weber in Achern, dem Regierungsrat Dr. Bengler in Mainz, dem Intendanten des Großherzoglichen Hoftheaters Dr. Bernau in Mannheim, dem Landgerichtsrat Winter und dem Amtmann Wöhle in Karlsruhe, dem Amtmann Dr. Benfinger in Pforzheim, dem Notar Zble in Radolfzell, dem Ober-







## Luise Schumacher

Waldstrasse 53      KARLSRUHE      Telefon 2136

Reiche Auswahl  
in sehr gediegenen  
**Juwelen,  
Gold- u. Silberwaren**  
reizende Neuheiten in  
**Konfirmations- u. Oster-Geschenken**

Bei Barzahlung 5 Proz. Rabatt

Verkaufs-Stelle  
der  
**Würtbg. Metallwaren-Fabrik  
Geislingen - St.**  
Schwer versilberte  
Tafelgeräte und Bestecke etc.

Bei Barzahlung 3 Proz. Rabatt

G. 404

### Fahrrad-Reparaturwerkstätte P. Eberhardt

befindet sich jetzt  
**Amalienstraße 57**  
nächst der Hirschstraße  
und empfiehlt sich zur Uebernahme sämtl. Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. Zur gründl. Reinigung u. Instandsetzung jetzt beste Gelegenheit. **Emaillierung, Vernicklung, Neue Pneumatik** und Zubehörteile allerbillig. **Freilauf-Einrichtung u. Doppelübertragung** für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt und wieder zugestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt.  
**Telephon 724. G. 323**

### Bürgerliche Rechtspflege.

#### a. Streitige Gerichtsbarkeit

N. 79. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wäckermeisters Hermann Amann hier ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen bestimmt auf **Dienstag den 31. März d. J., vormittags 11 Uhr**, vor dem Amtsgerichte hier selbst, Kaiserstr. 143, 1. St., Zimmer Nr. 5.  
Freiburg, 14. März 1914.  
Gerichtsschreiber  
**Großh. Amtsgerichts Abt. 5.**

**Bekanntmachung.**  
N. 85. Karlsruhe. Im Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Georg Bömer hier soll mit Genehmigung des Gr. Amtsgerichts die Schlussverteilung erfolgen.  
Dazu sind N. 38-59 verfügbar, welche für die bevorrechtigten Forderungen verwendet werden, sodas auf die Gläubiger ohne Vorrecht eine Konkursdividende nicht entfällt.  
Karlsruhe, 17. März 1914.  
Der Verwalter:  
Carl Nagel.

**Bekanntmachung.**  
N. 84. Karlsruhe. In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Alfons Viktor Wehrle, hier, soll mit Genehmigung des Gr. Amtsgerichts die Schlussverteilung erfolgen.  
Dazu sind N. 28-24 verfügbar, welche für die bevorrechtigten Forderungen Verwendung finden, sodas auf die Gläubiger ohne Vorrecht eine Konkursdividende nicht entfällt.  
Karlsruhe, 17. März 1914.  
Der Verwalter:  
Carl Nagel.

an Heiden Wehren:  
Binden, Motoren, Rotabschlüsse und Hilfsstranen.  
Die Verbindungsunterlagen können bei der unterzeichneten Stelle eingesehen oder gegen Einzahlung von 10,00 Mark, soweit der Vorrat reicht, bezogen werden.  
Angebote sind post- und bestellgeldfrei und mit der Aufschrift „Wehrschützen“ versehen, bis **spätestens Samstag den 18. April 1914, vormittags 11 Uhr**, einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der Angebote erfolgt.  
Forbach (Baden), N. 66.2.1 den 16. März 1914.  
**Großh. Bauinspektion für das Murgwerk.**

**Hochbauarbeiten für eine Überdachung des Verladeplatzes bei der Güterhalle in Radolfzell nach Finanzministerialverordnung vom 3. Jan. 1907 zu vergeben.** Grab- und Maurer-, Zimmer-, Flecht-, Dachdecker-, Schmiede- und Anstreicherarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe an Werklagen auf unserm Hochbauamt Badenstr. Nr. 5 und am 24. März 1914 im Dienstzimmer der Bauinspektion Radolfzell II, daselbst auch Angebotsdrucke, Angebote mit Aufschrieb, verschlossen, postfrei bis **Samstag den 28. März 1914, vormittags 11 Uhr**, an uns. Zuschlagsfrist 14 Tage.  
Konstanz, 14. März 1914.  
**Großh. Bauinspektion.**

**Hochbauarbeiten für das neue Aufnahme- und Fortgebäude in Tübingen nach Finanzministerialverordnung vom 3. Jan. 1907 öffentlich zu vergeben.** Maurerarbeit (beil. 530 cbm Backsteinmauerwerk, Granitsteinmauerwerk, Sandsteinmauerwerk, (beil. 35 cbm), Zimmerarbeit (beil. 150 cbm Lammholz), Schmelzarbeit, Flechtarbeit (beil. 180 m Dachstuhl aus Kupfer), Dachdeckung mit Tonziegel (beil. 1300 qm), Dachdeckung mit Zoppe (beil. 180 qm), Schindelanschlag und Bedachung (auf beil. 1500 qm) und Verputzarbeit (beil. 2600 qm Wand- und 1400 qm Deckenputz), Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe auf unserm Hochbauamt zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsdrucke. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei u. mit entsprechender Aufschrift bis **Samstag den 28. März d. J., vormittags 10 Uhr**, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.  
Neustadt i. Schw., den 28. Februar 1914.  
**Großh. Bauinspektion.**

### Adolf Stein

Erstklassiges Massgeschäft für Herrenbekleidung

Kaiserstr. 233, 1 Cr.      Telefon 3289

## Die Kartelle der deutschen Seidenweberei-Industrie

(bis zum Frühjahr 1911)

Von  
**Herbert von Beckerath**  
Preis M. 4.20

Aus den Untersuchungen wird ein Bild über die Daseinsberechtigung und die Entwicklungsmöglichkeiten dieser tiefgreifenden Kartellbewegung eines großen deutschen Textilgewerbes gewonnen.  
Die Schrift bietet zahlreiches und interessantes Material und wird über die nächstbeteiligten Kreise der Seidenindustrie und des Seidenwarenhandels hinaus bei Wirtschaftspolitikern und solchen Industriellen u. Kaufleuten, welche zur Kartellbewegung des Textilgewerbes Stellung zu nehmen haben, willkommen sein.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag.

## Bereinsbank Karlsruhe

eingetrag. Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Wir bitten um Einreichung der Einlage- und Sparbücher zwecks Abrechnung, wobei auch die Auszahlung der Dividende auf die vollen Geschäftsanteile erfolgt.  
G. 371      Der Vorstand.

In der Villenkolonie Grigner-Schlösschen zu Durlach sind noch einige schöne

## Bauplätze

im Ausmaß von 600-1000 qm preiswert und zu günstigen Bedingungen zu verkaufen. Angebote an die Direktion der Maschinenfabrik Grigner u. G., Durlach, erbeten.  
G. 303

## Ravensburger Jalousie- und Rolladen-Fabrik

vorm. J. G. Roth. Inh. M. Benn  
Ravensburg      Telefon 404

## BAUGENEHMIGUNGEN

Von Großherzoglich badischen Bezirksämtern genehmigte Baugesuche. Veröffentlichungen erfolgen wöchentlich mehrmals. (Zusatzblatt enthalten.)

Amt Dörrach.

Einmündigen. August Pahlberger, Erstellung eines Neubaus. Grenzsch. Robert Fiedel, Erweiterung, Gr. Bauinspektion II Basel, Erstellung eines Dienstwohngebäudes auf der Haltehalde Grenzsch. Galtlingen. Gr. Bauinspektion II Basel, 5 Wäschhäuser. Ernst Kiste, Wohnhaus. Kleintens. August Niggelbach, Kaufmann, Reihhaus. Dörrach. Albert Dörflinger, Wohnhaus. Otto Hoflin, Oekonomengebäude. Carl Scheidt u. Fr. Matt, Doppelwohnhaus. Mümmingen. Joh. Fr. Stöcklin, Wohn- u. Oekonomengebäude. Schallbach. Fr. Schoepfer, Stall, Schopf und Abort. Weill. Carlo Calderoni, Baumunternehmer, Doppelwohnhaus. Frey Febr, Wohnhausumbau. Holzindustrie Weill, Sägewerk. Malermeister Müller, Gartenhaus.

## Rheinische Hypothekenbank Mannheim.

Aktiva.		Bilanz per 31. Dezember 1913.	Passiva.	
1. Inventar	100.—	1. Aktien-Kapital	27 000 000.—	
2. Kassenbestand, Reichsbank-, Notenbank- u. Postspark-Guthaben	4 450 132.60	2. Pfandbrief-Kapital 4% $\frac{3}{4}$ %	3 347 000 800.— 225 091 000.—	572 091 800.—
3. Forderungen bei Banken	18 277 929.76	3. Kommunal-Obligationen	7 246 100.— 8 776 800.—	16 022 900.—
4. Lombardforderungen	873 348.15	4. Verloste Pfandbriefe	28 200.—	
5. Ländliche Kreditvereine	219 660.70	5. Unerhobene am 1. Januar 1914 u. später fällige Pfandbriefe und Kommunal-Obligations-Zinsen	5 206 781.65	5 208 671.65
6. Wechselbestand	823 462.40	6. Kreditoren	1 667 334.79	
7. Hypotheken-Darlehen	598 841 584.02	7. Kapitalreservefonds	12 400 000.—	
8. davon sind i. Hypothekenregister eingetragen	596 538 117.71	8. Pfandbriefversicherungsfonds	5 500 000.—	
9. sämtlich im Korporationsforderungenregister eingetragen	20 418 583.99	9. Provisionsreservefonds	3 298 938.32	
10. Zinsen und Annuitäten am 1. Jan. 1914 und später fällig	6 399 876.55	10. Hypothekenzinsreservefonds	2 785 031.83	
11. Zinsen- und Annuitäten-Rückstände	120 873.43	11. Rückstellung für das Pfandbriefgeschäft	3 853 630.59	
12. Bankgebäude Ritters A 2 und B 4	606 100.—	12. Rückstellungs-Konto	1 960 761.96	
13. Wertpapiere des Pensionfonds	1 033 987.10	13. Rückstellung für Lohnsteuer	430 096.40	
14. Wertpapiere der Scipio Stiftung	28 000.—	14. Rückstellung für Wehrsteuer	150 000.—	
15. Wertpapiere: badische, heftische, bayerische und württembergische Staatsschuldverschreibungen, sowie Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen des Reichs und Preussens; ferner Aktien der Deutschen Hypotheken-Banken-Bank, abgeschrieben auf N. 1.—	6 404 143.85	15. Spezialfonds für die Landesredit-Abt.	100 000.—	
	6 658 497 782.55	16. Beamtenpensionsfonds	1 051 943.30	
		17. Scipio-Stiftung	29 373.—	
		18. Beamten-Unterstützungsfonds und Konto für gemeinnützige Zwecke	115 406.14	
		19. Gewinn- und Verlust-Konto	411 000.—	
		Vortrag aus d. Jahre 1912	4 392 694.57	4 803 694.57
		Reingewinn	4 392 694.57	4 803 694.57
				6 658 497 782.55

  

Gewinn- und Verlust-Konto.	
1. Allgemeine Geschäftskosten	439 712.03
2. Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuern	673 461.14
3. Reichsstempelabgab. auf Pfandbriefe u. badische Pfandbriefzinsen	193 410.50
4. Kosten der Pfandbrief-Anfertigung	36 977.78
5. Pfandbrief- u. Kommunal-Obligations-Zinsen	22 076 649.12
6. Abschreibung auf Inventar-Konto	5 540.30
7. Abschreibung auf Bankgebäude-Konto	50 324.26
8. Saldo	4 803 694.57
	28 279 769.70

Die auf 9% festgesetzte Dividende gelangt von jetzt ab gegen Einlieferung des Dividendenscheins Nr. 21 mit N. 31. für die Aktien à N. 600.—, mit N. 103.— für die Aktien à N. 1200.— und mit N. 27.— für die jungen Aktien (Dividende) mit vollem Aufdruck an unserer Kasse und den bekanntesten Stellen zur Auszahlung.

(Nachdruck wird nicht honoriert)      G. 400      Rheinische Hypothekenbank.

**Verstehene Bekannmachungen.**  
**Stadtrechner-Stelle.**  
Die Stelle des Stadtrechners ist alsbald zu besetzen. Bewerbungen sind spätestens bis 30. ds. Mts. unter Anfügung von Zeugnissen und Bezeichnung der Ansprüche bei uns einzureichen.  
G. 402.2.1  
Eppingen, 16. März 1914.  
Bürgermeisteramt:  
Wirth.

### Die Verlosung

der in diesem Jahre zur Heimzahlung gelangenden Schuldverschreibungen der israel. Gemeinde findet Mittwoch, 25. März, vormittags 11 1/2 Uhr, in unserem Geschäftszimmer, gr. Mantelgasse 3 statt.  
G. 403  
Heidelberg, 17. März 1914.  
Der Synagogenrat:  
Ernst Carlebach.

Gemäß § 244 S.O.B. machen wir bekannt, daß in den Ausschüssen der Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim die Herren G. 401 Graf Viktor von Helmstatt in Redarischhofheim; Geh. Kommerzienrat Dr. Brosien in Mannheim; Bankier Friedrich Gimpf in Frankfurt a. M. neu gewählt worden sind.  
Mannheim, 16. März 1914.  
Rheinische Hypothekenbank.  
Der Vorstand.

### Murgwerk.

Die Lieferung und Erstellung der Wehrschützen für das obere und untere Murgwerk mit maschinellem und elektrischem Zubehör soll gemäß der Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 vergeben werden.  
Die Hauptgegenstände der Verdingung sind:  
2 zweiteilige Schütze von je 13,5 m Lichtweite und 10 m Lichthöhe,  
1 zweiteilige Schütze von 5,4 m Lichtweite und 12 m Lichthöhe,  
am unteren Wehr:  
2 zweiteilige Schütze von je 16 m Lichtweite und 7,1 m Lichthöhe,  
1 zweiteilige Schütze von 12 m Lichtweite und 7,1 m Lichthöhe,  
1 zweiteilige Schütze von 8 m Lichtweite und 8,4 m Lichthöhe.

### West-Südwest. Eisenverkehr.

Mit Gültigkeit vom 20. März 1914 werden für eine Anzahl Verkehrsverbindungen neue Frachttarife und Bahnwege eingeführt. Ferner werden mit Wirkung vom 20. Mai 1914 ab verschiedene Frachttarife im Verkehr mit den Stationen Grabenstein, Hadersleben (Schlesw.), Sorup u. Wobens um 2-3 Pfg. für das Quadratmeter erhöht. Näheres in unserm Tarifangebot.  
N. 73  
Karlsruhe, 17. März 1914.  
**Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.**

### Ostdeutsch - Südwestdeutscher Verkehr.

Am 20. März l. J. werden die Stationen Neustadt und Weismannsdorf in den direkten Verkehr einbezogen. Näheres in unserem Tarifangebot.  
N. 72  
Karlsruhe, 17. März 1914.  
**Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.**